

**Zeitschrift:** Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO  
**Herausgeber:** Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS  
**Band:** 97 (2000)  
**Heft:** 1

**Artikel:** 30 Millionen für 550 Plätze für Ausgesteuerte : "Beschäftigung statt Sozialhilfe" im Kanton Bern  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-840556>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 25.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## 30 Millionen für 550 Plätze für Ausgesteuerte

### «Beschäftigung statt Sozialhilfe» im Kanton Bern

*Der Kanton Bern stellt für die Arbeitsintegration von ausgesteuerten und sozialhilfeabhängigen Personen für das Jahr 2000 30 Millionen Franken zur Verfügung. Die 550 Plätze werden nach einem einheitlichen Schlüssel auf das ganze Kantonsgebiet verteilt.*

Die Arbeitslosigkeit sinkt, aber die Sockelarbeitslosigkeit der Langzeitarbeitslosen wird nicht so rasch zurückgehen. Auf 4600 Menschen wird die Zahl der Ausgesteuerten für den Kanton Bern geschätzt. Rund 30 Prozent der Ausgesteuerten müssen sich innerhalb von zwei Jahren bei der Sozialhilfe melden. Die Gesuche der Gemeinden, Arbeitsintegrationsprogramme über die Fürsorge zu finanzieren, stiegen steil an. Eine einheitliche Regelung drängte sich auf.

Nun hat der Regierungsrat des Kantons Bern die Spielregeln für Beschäftigungsprojekte für ausgesteuerte und auf Sozialhilfe angewiesene Personen einheitlich geregelt. Die Angebote stehen ebenfalls Erwerbslosen offen, die keinen Avig-Anspruch erwerben konnten, wie ehemals Selbständigerwerbende oder Flüchtlinge. Mit den Integrationsprogrammen sollen drei Ziele erreicht werden. Die Ausgrenzung soll verhindert, die beruflichen Fähigkeiten erhalten und die Reintegration in den Arbeitsmarkt gefördert werden.

Unter dem Titel «Beschäftigung statt Fürsorge» werden im Jahr 2000 maximal 30 Millionen Franken bereit gestellt. Die Kosten tragen der Kanton und die Gemeinden über die Lastenverteilung je zur Hälfte. Dieses Kostendach reicht aus, um 550 Jahres-Projektplätze zu finanzie-

ren. Pro Platz und Monat stehen maximal 4500 Franken zur Verfügung, wobei die festen Kosten für Betreuung und Infrastruktur maximal 1200 Franken ausmachen dürfen.

Den Teilnehmenden an einem Integrationsprogramm wird ein Lohn ausgerichtet, auf dem Sozialversicherungen abgerechnet werden. Diese Löhne sind von der Rückerstattungspflicht ausgenommen und dürfen nicht über das individuelle Unterstützungsdossier verbucht werden. Die Losung «Arbeit und Lohn statt Sozialhilfe» wird damit – zumindest für Alleinstehende – zur Tatsache.

Die Städte waren bisher in der Arbeitsintegration aktiver. Der Regierungsrat will nun aber die Entwicklung in geordnete und steuerbare Bahnen lenken. Ausgehend von der Zahl der Arbeitslosen wurde jeder Gemeinde eine feste Anzahl Beschäftigungsplätze zugesprochen. Kleine Gemeinden sollen sich zu einem Verbund zusammenschliessen und gemeinsam Verträge mit einem Anbieter abschliessen. Die Stadt Bern steht mit 118,6 Plätzen (6,4 Mio. Franken) an der Spitze, gefolgt von Biel mit 63,85 Plätzen (3,4 Mio. Fr.). Die Gemeinden sind frei in der Wahl der Projektanbieter, sofern das Angebot den Mindestanforderungen des Kantons entspricht.

Das Kantonale Fürsorgeamt befürwortet Projekte, die auf der Freiwilligkeit und Motivation der Teilnehmenden aufbauen. Fürsorgedirektor Samuel Bhend bezeichnete das Projekt «Arbeit statt Fürsorge» der Stadt Bern, laut «Bund», als ideal, da es auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt aufbaut. cab